Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG
DER REGIERUNGSPRÄSIDENT

AMT / DEZ.
LANDRATSAMT WALDSHUT
Eing.: 01. SEP. 2011 (8)
☐ Kfn.+Rückg. ☐ Stellungnahme
☐ Rückspr. ☐ Behandl. wie bespr.
☐ Antwort entw. ☐ Z.d.A.

21, INFO LR

Kop. A. VB

Herrn Landrat
Tilman Bollacher
Landratsamt Waldshut
Kaiserstraße 110
79761 Waldshut-Tiengen

Freiburg i. Br., 29.08.2011

Trinationale Metropolregion Oberrhein
Jetzt das Morgen gestalten
NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE BADEN-WÜRTTEMBERG

Kreistagsresolution zu KKWs in der Schweiz und zum KKW Fessenheim

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Tilman

vielen Dank für Ihr Schreiben, mit dem Sie mich über den Beschluss des Kreistages vom 20.07. 2011 zum Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in der Schweiz und zur Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim in Frankreich informieren und um Unterstützung bitten.

Angesichts der Katastrophe in Japan machen wir uns alle unsere Gedanken, wie es zu diesen Ereignissen kommen konnte und was eigentlich das Menschen-Mögliche ist, was wir unternehmen müssen, damit ein vergleichbares Unglück, wie es sich in Japan realisiert hat, bei uns nicht eintreten kann.

Das Regierungspräsidium Freiburg setzt sich für dieses Thema, das die Menschen unserer Region zutiefst bewegt, sehr intensiv auf allen Ebenen ein.

Ich habe dieses Thema beim Präsidium der D-F-CH Oberrheinkonferenz am 27. Mai 2011 vorgetragen. Das Präsidium war sich einig, dass auf diesem Gebiet eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig ist. Auf Vorschlag des Landes Baden-Württemberg fordert das Präsidium die zuständigen Behörden auf, im Falle von negativen Ergebnissen der Stresstests alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Sollten Nachbesserungen nicht

ausreichen, umfasst der Beschluss auch die Forderung, die Stilllegung der betroffenen AKWs zu verfügen.

In der Öffentlichkeit wird in der Tat im Blick auf die Diskussion zum KKW Fessenheim oft nicht ausreichend wahrgenommen, dass es auf schweizerischem Grenzgebiet im Vergleich zu Fessenheim ältere Kernkraftwerke gibt. Das Regierungspräsidium Freiburg wird deshalb alle über den Beschluss der D-F-CH Oberrheinkonferenz vom 27. Mai 2011 hinausgehenden konkreten Maßnahmen unterstützen, die eine höchstmögliche Sicherheit für die schweizerischen Kernkraftwerke im Rahmen ihrer verbleibenden Laufzeit bewirken können.

Bezüglich des Teils der Resolution zum KKW Fessenheim darf ich Ihnen folgende Informationen übermitteln.

In der jüngsten Sitzung der CLIS am 29. Juni 2011 in Colmar habe ich unsere Position bezüglich der Laufzeitverlängerung von Reaktor 1 des KKW Fessenheim nochmals nachdrücklich gegenüber der französischen Seite vorgebracht. Schon im Vorfeld dieser Sitzung habe ich hierzu eindringlich um Klärung aller relevanten Sicherheitsfragen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz, gebeten.

Das in der Sitzung dann hierzu vorgestellte Gutachten des Generalrates zum Hochwasserschutz hat aus meiner Sicht klar bestätigt, dass erhebliche Nachbesserungen - wie beispielsweise die Erhöhung der Schutzmauer des KKW - dringend erforderlich sind.

Um so mehr war ich überrascht und bedauere sehr, dass die Entscheidung der französischen Atomaufsicht ASN wenige Tage darauf am 4. Juli eine Empfehlung für eine Laufzeitverlängerung von 10 Jahren für Reaktorblock 1 des KKW Fessenheim ausgesprochen hat, noch bevor unsere vertiefenden Fragen in der Sitzung der CLIS vom 29. Juni beantwortet worden sind.

Jetzt muss die französische Regierung entscheiden. Es ist damit zu rechnen, dass die Entscheidung erst nach dem Stresstest und damit nicht vor November fällt. Wenn dieser Stresstest negativ ausfällt und wir keine zufriedenstellenden Antworten auf unsere Fragen zur Erdbebensicherheit und zum Hochwasserschutz erhalten, gibt es für mich nur eine Konsequenz: Stilllegen der Anlage.

Gleichzeitig setze ich mich mit ganzem Nachdruck dafür ein, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit alles dafür zu tun, dass wir grenzübergreifend alle sachdienlichen Maßnahmen forcieren, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen und die Nutzung der Atomkraft zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Klemens Ficht
Regierungsvizepräsident